

„Bis September müssen wir wissen, was Sache ist“

SPD-Verteidigungs-Experte Rainer Arnold setzt der Türkei eine Frist und fordert schon jetzt, Alternativstandorte zu Konya zu prüfen.

Herr Arnold, wegen des belasteten deutsch-türkischen Verhältnisses fordert Ankara eine Verschiebung der Abgeordneten-Besuche auf dem Stützpunkt Konya. Kann sich die Bundesregierung dies gefallen lassen?

Arnold: Nein, das können wir nicht hinnehmen. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg und Bundeskanzlerin Angela Merkel müssen mit der Türkei reden und das Besuchsrecht durchsetzen. Die Abgeordneten müssen die Truppe besuchen dürfen, zu jeder Zeit.

Wie lange soll verhandelt werden?

Arnold: Das muss schnell gehen. Wir sind nicht wegen Herrn Erdogan in der Allianz gegen den IS, und deshalb können wir uns von ihm auch nicht die Bedingungen diktieren lassen. Bis zur nächsten Sitzungswoche des Bundestages im September müssen wir wissen, was Sache ist. Das ist unsere Frist.

Und wenn es dann noch immer kein Besuchsrecht gibt?

Arnold: Wenn es im September noch keine Möglichkeit gibt,

die Soldaten in Konya zu besuchen, müssen wir mit der Nato über den Abzug der deutschen Truppen reden. Es handelt sich längst nicht mehr um ein deutsch-türkisches Problem. Wir müssen uns darauf einstellen, dass die Beziehungen zu Ankara immer schwieriger werden.

Welche Konsequenzen hätte der Abzug?

Arnold: Von Konya aus starten Awacs-Aufklärungsflugzeuge für den Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat. Für eine begrenzte Zeit wären die Flüge auch ohne deutsche Beteiligung möglich. Überdies könnten Awacs-Flieger von anderen Stützpunkten in der Region aus starten, von Griechenland oder Zypern zum Beispiel. Eine Verlegung wäre daher vertretbar. Die Bundesregierung muss jetzt gemeinsam mit der Nato einen neuen Standort prüfen, damit wir im Ernstfall schnell reagieren können. Wir sollten den Plan dafür vorbereiten.

Aus der Union und der FDP gibt es Stimmen, die einen Verbleib in Konya fordern, selbst ohne Einlenken Erdogans...

Arnold: Wenn wir anfangen, uns von Herrn Erdogan Bedingungen diktieren zu lassen, dann ist unser Parlamentsvorbehalt nicht mehr das Papier wert, auf dem dies gedruckt ist. Wenn das Besuchsrecht nicht

sichergestellt wird, können unsere Soldaten nicht in Konya bleiben!

Wie kann jetzt Druck auf Ankara gemacht werden?

Arnold: Nato-Generalsekretär Stoltenberg muss Herrn Erdogan klar machen, welchen langfristigen Schaden sein Verhalten für die türkische Stellung in der Militärallianz anrichten würde. Ein Rauswurf aus der Nato ist zwar nicht möglich, dem müssten die Türken selbst zustimmen. Dennoch dürfen wir uns nicht davon irre machen lassen, dass Erdogan immer wieder versucht, die russische Karte zu spielen, also Angst schürt, er könne sich ganz Moskau zuwenden. Herr Erdogan sägt an dem Ast, auf dem er selbst als Nato-Mitglied sitzt. Russland ist für die Türkei weder militärisch noch ökonomisch ein Ersatz zum Westen.

Hat die Nato zu lange die Augen vor dem Konflikt verschlossen?

Arnold: Es war nicht glücklich, dass Nato-Generalsekretär Stoltenberg den Streit über Incirlik als deutsch-türkisches Problem betrachtet hat. Das war ein Fehler. Es geht längst nicht mehr um bilaterale Verstimmungen. Die Nato als Ganzes ist davon betroffen und kann sich Erdogans Vorgehen nicht bieten lassen!

Interview: Tobias Schmidt